

Bundesausschuss

14. November 2005
Konrad-Adenauer-Haus
Berlin

CDU

Besser für die M



INHALT

Koalitionsvertrag Gemeinsam für Deutschland

Der Weg für eine Große Koalition unter Führung der Union ist frei. Mit überwältigender Mehrheit stimmten die Delegierten des Bundesausschusses in Berlin für den Koalitionsvertrag mit den Sozialdemokraten.

In ihrer Rede warb die Vorsitzende der CDU

Deutschlands, Angela Merkel, für die Koalitionsvereinbarung: „Wir haben als stärkste politische Kraft den Auftrag, die Regierung zu bilden.“ Es gelte, sich der Verantwortung zu stellen und Verbesserungen für die Menschen zu erreichen. Merkel verwies darauf, ►

Dokumentation

Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Angela Merkel zur aktuellen politischen Situation und den Koalitionsverhandlungen

Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Flugblatt: Große Koalition: Der Anfang ist gemacht – die Arbeit beginnt. (Seite 4) ■ IW-Studie: Vielen Beschäftigten bleibt netto mehr! (Seite 5) ■ Nicolas Zimmer: Berlin braucht starke Familien. Kindergeschrei ist Zukunftsmusik. (Seite 6–8) ■ Deutsch-chinesische Beziehungen (Seite 7) ■ Bundesdelegiertentag der Frauen Union: „Kein normaler Stabwechsel“ (Seite 8–9) ■ Peter Götz: Kommunal Finanzen auf solide Basis stellen! (Seite 9–10) ■ Hartmut Schauer: Koalitionsvertrag als Chance begreifen (Seite 10–11) ■ Peter Bleser und Ursula Heinen: Lebensmittelskontrolle stärker koordinieren (Seite 11) ■ Webtipp (Seite 11) ■ Öffentlichkeitsarbeit (Seite 12–16) ■ Dokumentation: Die „Handschrift“ der Union in den Koalitionsverhandlungen (Innenteil)



Angela Merkel wirbt um Zustimmung für die Koalitionsvereinbarung.

► dass der Koalitionsvertrag wesentliche Bestandteile des Wahlprogramms der Union enthalte. So sei eine solide Haushaltspolitik schon immer „ein Markenzeichen“ von CDU und CSU gewesen. Deshalb werde die unionsgeführte Bundesregierung trotz eines Finanzlochs in Höhe von 35 Milliarden Euro schon im Jahr 2007 wieder einen verfassungskonformen Etat vorlegen. In diesem Zusammenhang verteidigte die designierte Bundeskanzlerin die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Alternative hätte darin bestanden, die Renten zu kürzen oder auf Investitionen zu verzichten.

Nach vier Jahren werde sich die Große Koalition daran messen lassen müssen, ob es wieder mehr zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze im Land gebe, sagte die CDU-Vorsitzende weiter. An Fortschritten in dieser Frage entscheide sich auch, ob die Menschen wieder Zutrauen in die Gestaltungskraft von Politik fassen werden. Merkel betonte, mit Blick auf die Flexibilisierung des Arbeitsrechts hätte die Union gerne mehr erreicht. Aber Politik sei nicht „die Kunst des Wünschbaren“, sondern „die Kunst des Möglichen“, zitierte die Parteivorsitzende Konrad Adenauer.

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Volker Kauder bei seiner Rede auf dem Bundesausschuss.

Das es gelungen sei, die Lohnzusatzkosten zu senken und den Kündigungsschutz für Neueinstellungen zu lockern, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, bezeichnete Merkel als „Riesengewinn“. Das Thema betriebliche Bündnisse für Arbeit werde die Union weiter verfolgen, unterstrich die Parteivorsitzende. Außerdem legte sie ein klares Bekenntnis zum Bürokratie-

abbau und für eine Unternehmensteuerreform zum 1. Januar 2008 ab. Der Koalitionsvertrag sei kein Abschluss, sondern der Anfang der künftigen Regierungsarbeit.

Merkel kündigte an, dass sich die CDU parallel zur Regierungstätigkeit die Ausarbeitung eines neuen Grundsatzensprogramms vornehmen werde. Gerade in Zeiten einer Großen Koalition müsse

sich die CDU ihrer christdemokratischen Identität versichern.

„Die Menschen müssen spüren, dass wir uns etwas zutrauen“, warb auch CDU-Generalsekretär Volker Kauder auf dem Kleinen Parteitag für die Zustimmung zum Koalitionsvertrag. Nur wenn die CDU von sich selbst überzeugt sei, würden die Menschen glauben, dass „wir etwas tun wollen“, so der Generalsekretär. Es gelte jetzt, das Profil der CDU auch in der Großen Koalition deutlich zu machen. Kauder betonte: „Wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir als Union zusammen halten.“ Mit Blick auf radikale Parteien am Rande des Parteienspektrums warnte er: „Wenn wir keinen Erfolg haben, wird sich an den Rändern etwas ändern.“



Mit überwältigender Mehrheit stimmen die Delegierten für den Koalitionsvertrag.

Große Koalition

Flugblatt
 Download unter www.cdunet.de

Der Anfang ist gemacht – die Arbeit beginnt.

Die Große Koalition von Union und SPD stellt die Weichen für einen neuen Anfang in Deutschland. Mit der CDU kommt es zu einem echten Politikwechsel in unserem Land.

Vor der Wahl hat die Union gesagt: Wir stehen für einen echten Politikwechsel. Wir wollen einen Wechsel zu Klarheit und Verlässlichkeit, zu Arbeit und Wachstum, zu Zukunft für Familien und Kinder sowie zu Zuversicht und Chancen. Im Koalitionsvertrag mit der SPD ist uns das in weiten Teilen gelungen:

- **Wechsel zu Klarheit und Verlässlichkeit:** Wir sanieren die öffentlichen Haushalte und konsolidieren die sozialen Sicherungssysteme. Durch Einsparungen und Einnahmeverbesserungen im Bundeshaushalt schaffen wir Gerechtigkeit zwischen den Generationen und sichern die Zukunft unseres Landes.
- **Wechsel zu Arbeit und Wachstum:** Wir senken die Lohnzusatzkosten um zwei Prozentpunkte und flexibilisieren den Arbeitsmarkt. Das macht Arbeit im internationalen Vergleich wieder konkurrenzfähiger. Außerdem helfen wir vor allem dem Mittelstand: Investitionen werden gefördert, Bürokratie und Kosten werden abgebaut.
- **Wechsel zu Zukunft für Familien und Kinder:** Wir wollen, dass die Familie als die wichtigste Form des Zusammenlebens gestärkt wird. Wir haben vereinbart, die Kinderbetreuung auszubauen, die Kinderzulage zu erhöhen, ein Elterngeld einzuführen und Kinderbetreuungskosten bei der Einkommensteuer vom ersten Euro an zu berücksichtigen.
- **Wechsel zu Zuversicht und Chancen:** Wir wollen, dass Deutschland im internationalen Vergleich wieder Spitze ist. Was andere Länder können, kann Deutschland auch – mit einer besseren Politik. Das zeigt auch der Vergleich zwischen den Bundesländern: Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser.

Die CDU wird nicht nachlassen, in den kommenden Jahren auch über das Beschlossene hinaus alles für das Wohl der Menschen zu tun. Wir wollen Deutschlands Weg zurück an die Spitze ebnen. Der Anfang ist gemacht – die Arbeit beginnt.

Besser für die Menschen.

CDU

IW-Studie

Vielen Beschäftigten bleibt netto mehr!

Das **Regierungsprogramm von Union und SPD entlastet trotz der Mehrwertsteuererhöhung viele Arbeitnehmer: Die niedrigeren Lohnnebenkosten bringen ihnen netto mehr, als sie nach der Mehrwertsteuererhöhung zusätzlich werden ausgeben müssen.**

Das geht aus Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) für das Handelsblatt (15. November) auf Basis der Konsumquoten des Statistischen Bundesamtes hervor. „Die Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung auf den Konsum wird überschätzt“, erklärte IW-Steuerexperte Winfried Fuest gegenüber dem Handelsblatt.

Union und SPD haben sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 von 16 auf 19 Prozent zu erhöhen. Im Gegenzug soll der Arbeitslosenversicherungsbeitrag um zwei Prozentpunkte sinken und der Rentenversicherungsbeitrag um 0,4 Prozentpunkte steigen. Da sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Versicherungsbeiträge teilen, stehen sich die Arbeitnehmer netto um 0,8 Prozentpunkte vom Bruttolohn bes-

ser als bisher. Diese Nettolohnenerhöhung werde entgegen den Erwartungen vieler Experten aber nicht durch die ab 2007 höheren Preise aufgezehrt, so die IW-Berechnungen: Ein verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern und einem Jahresbruttogehalt von 60.000 Euro hat unter dem Strich 144 Euro mehr zur Verfügung als vorher.

Gegenüber dem Handelsblatt erklärte Fuest die ver-

gleichsweise geringe Auswirkung damit, dass die größten Posten bei den Ausgaben der Haushalte Miete und Lebensmittel seien – und dort ändert sich nichts: Mieten bleiben mehrwertsteuerfrei, und Lebensmittel werden weiterhin mit dem niedrigeren Satz von sieben Prozent besteuert – wie auch 50 weitere Produktgruppen, darunter Druckerzeugnisse, Nahverkehrstickets und Schnittblumen.

Auswirkungen des Koalitionspakets

	Angestellter West	Sekretärin West	Facharbeiter Ost
Bruttolohn/-gehalt	60 000	32 500	29 000
	Verheiratet, zwei Kinder	Ledig, kein Kind	Verheiratet, ein Kind
Nettoeinkommen (alt)	41 980	19 535	23 226
Nettoeinkommen monatlich (alt)	3 498	1 628	1 936
Entlastung durch niedrigeren Beitragssatz zur BA (Arbeitnehmeranteil)	600	325	290
Belastung durch höheren RV-Beitrag (0,4 PP, Arbeitnehmeranteil)	- 120	- 65	- 58
Ersparnis Sozialversicherungsbeiträge	480	260	232
Nettoeinkommen (neu)	42 460	19 795	23 458
Nettoeinkommen monatlich (neu)	3 538	1 650	1 955
Monatliche Differenz	40	22	19
Verteuerung des Konsums pro Jahr durch zusätzliche MWSt-Belastung (3 PP)	- 336	- 150	- 97
Veränderung pro Jahr inklusive Mehrwertsteuerbelastung	144	110	135

Angaben in Euro; PP = Prozentpunkte

Quelle: IW Köln

Berlin braucht starke Familien

Kindergeschrei ist Zukunftsmusik

Es ist Zeit für eine neue Familienpolitik. Familie ist dort, wo Kinder sind. Wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Aber Familie ist heute mehr als ein Ehepaar mit Kind. Familie ist auch dort, wo ein Trauschein fehlt, bei alleinerziehenden Müttern oder Vätern.

Die Politik muss für diese unterschiedlichen Lebensentwürfe Rahmenbedingungen schaffen. Politik kann keine Kinder verordnen – aber Politik kann und muss dafür sorgen, Kinder nicht zur finanziellen Last werden zu lassen. Kinder sind Liebe, Freude, Glück, sind Leben und Zukunft. Wir wollen Kinder und wir wollen Familien. Und deshalb müssen wir Menschen, die sich dafür entschieden haben oder vor der Entscheidung stehen, unterstützen und ihnen verlässliche Bedingungen anbieten.

Gerade in einer Großstadt wie Berlin müssen wir erkennen, dass das traditionelle Familienbild die Realität nicht mehr vollständig erfasst. Die nicht-eheliche Lebensgemeinschaft und Singlehaushalte sind auf



Nicolas Zimmer

dem Vormarsch. Die Zahl alleinerziehender Mütter und Väter wächst. Die sogenannte „Patchworkfamilie“ ist Trend.

Wir müssen Familienpolitik zukünftig als wesentliche Querschnittsaufgabe aller gesellschaftlicher Belange ansehen: Wir müssen auf neue Entwicklungen schneller reagieren, die Erziehungskompetenz stärken, uns auf die Problembewältigung in Partnerschaft und Ehe besser ausrichten und unterstützende Maßnahmen bei familiären Belastungen und Konfliktsituationen sowie bei sozialen Sorgen und Nöten bereitstellen.

Familien sind Arbeitskräfte und Konsumenten zugleich. Deshalb muss ein Prozess des Ausgleichs zwi-

schen wirtschaftlichen Interessen und sozialen Erfordernissen von Familien erfolgen und sich die Wirtschaft mehr familienfreundlichen Maßnahmen, wie zum Beispiel flexiblen Arbeitszeiten, Teilzeitarbeitsplätzen und Betriebs-Kitas, öffnen.

Die Förderung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Vermittlung in Arbeit hat absoluten Vorrang. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss eine zentrale Rolle spielen. Die sozialen Sicherungssysteme sind so auszurichten, dass Kinder nicht mehr ein Armutsrisiko bedeuten. Gleichzeitig sind Familien durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, Hilfen bei der Pflege von Familienangehörigen bereit zu stellen sowie sozial schwachen Familien mit gezielten Beratungs- und Hilfsangeboten zu stärken. Eine gerechte Steuerpolitik setzt Einkommensanteile zur Existenzsicherung steuerfrei. Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten für pflegebedürftige Angehörige sind in der Rente angemessen zu berücksichtigen.

Gesundheitspolitik für Familien bedeutet vor allem ein bedarfsgerechtes Netz ambulanter und stationärer Angebote, unterschiedlich ausgerichteter Informations- und Beratungsstellen sowie familienentlastende Dienste. Die Lasten für die Krankenversicherung von Kindern sollten von der Allgemeinheit getragen werden.

Die Bildungspolitik umfasst alle Altersstufen von der Kita bis ins Seniorenalter; qualitativ guten, leistungsorientierten und diffe-

renzierten Schulangeboten zur Förderung von individuellen Begabungen und Fähigkeiten; Berufsausbildung und Studium; Familienbildung und lebenslangem Lernen für Menschen in der Lebensmitte und im Alter. Alle Kinder müssen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben erhalten.

Familienpolitik ist Politik nicht nur für sondern mit Kindern und Jugendlichen. Der Kinderschutz, die Sorge um das Kindeswohl, die Stärkung von Kinderrechten so-

wie die Werteerziehung sind dabei weiterhin von zentraler Bedeutung.

Stadtgestaltung, Verkehrsplanung und Infrastruktur müssen den Bedürfnissen von Familien Rechnung tragen. Bezahlbarer Wohnraum und günstige Nahverkehrstarife, Verkehrssicherheit und Lärmschutz gehören ebenso dazu wie Grünflächen, Parks, Kinderspielplätze sowie saubere Straßen und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. ▶

DEUTSCH-CHINESISCHE BEZIEHUNGEN

Unter einer neuen Bundesregierung sollen die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Deutschland und China ausgebaut werden.

Darin waren sich der chinesische Staatspräsident Hu Jintao und die Vorsitzende der CDU Deutschlands und designierte Bundeskanzlerin, Angela Merkel, nach einem Treffen in Berlin einig.

Merkel und Hu, die zum ersten Mal zu einem Gespräch zusammenkamen, behandelten neben Fragen der Energie- und Umweltpolitik auch das Thema Menschenrechte. In diesem Zusammenhang unter-



Angela Merkel und Hu Jintao

streicht die CDU-Vorsitzende, dass die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze eine Voraussetzung für eine nachhaltige politische Entwicklung eines jeden Landes sei.

Während des 45-minütigen Gesprächs lud der chinesische Staats- und Par-

teichief die designierte Kanzlerin zu einem Besuch in der Volksrepublik ein. Im Gegenzug sprach Merkel eine Einladung für Hu zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 aus.

An dem Treffen im Hotel Adlon nahmen auch der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe und designierte Bundeswirtschaftsminister, Michael Glos, sowie die außen- und europapolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedbert Pflüger und Peter Hintze, teil.

► Darüber hinaus müssen wir Antworten finden auf die Frage, wie wir die Migration von Familien aus anderen Kulturkreisen verbessern. Auch hier spielt die Bildung eine entscheidende Rolle über die

Sprachförderung und -kurse für die bei uns lebenden Menschen. Anpassungsbedarf an neue Realitäten gibt es auch beim Ehe- und Familienrecht, beim Umgangs- und Sorgerecht, hinsichtlich eines umfassenden

Kinderschutzes, aber auch beim Umgang mit einer Kinder- und Jugendkriminalität, die uns bisweilen tief betroffen macht.

Nicolas Zimmer ist Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Bundesdelegiertentag

„Kein normaler Stabwechsel“



Rita Süßmuth, Angela Merkel und Maria Böhmer auf dem Bundesdelegiertentag der Frauen Union (v.l.n.r.).

Maria Böhmer, seit vier Jahren Bundesvorsitzende der Frauen Union, wurde auf dem Bundesdelegiertentag in Ludwigsburg mit einem

Spitzenergebnis von 97,18 Prozent im Amt bestätigt.

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, kam unmittelbar nach

Abschluss der Koalitionsverhandlungen zum Delegiertentag der Frauen Union und hielt dort ihre erste Rede über die Koali-

tionsvereinbarung. Mit Standing Ovations wurde sie von den 600 Delegierten begrüßt. „Die Wahl der ersten Bundeskanzlerin in Deutschland ist kein normaler Stabwechsel. Das ist eine kulturelle Revolution. Angela Merkel wird die allererste Frau in unserem Land“, sagte Maria Böhmer.

Mit einer Frau an der Spitze biete sich nun auch die Chance, die politische Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen zu verbessern. Denn als Bundeskanzlerin könne Merkel die Standards setzen, so Böhmer weiter. Sie bemängelte zugleich, dass der Anteil weiblicher CDU-Abgeordneter im Europaparlament, im Bundestag und in den Landtagen von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen bei den letzten Wahlen deutlich gesunken sei. Dieser Entwicklung müsse entschieden entgegengetreten werden.

Mit Blick auf die Koalitionsvereinbarung hob Angela Merkel u.a. die Anerkennung des Privathaushaltes als Arbeitgeber als zentrale Weichenstellung für mehr Arbeitsplätze hervor. Dies würde sich auf Haushaltskräfte, Kinderbetreuung und Handwerkerleistungen rund um den Privathaushalt erstrecken. Damit würde der Schwarzarbeit

begegnet. Zugleich sei es ein Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sowie für Ältere, die auf Hilfe im Haus angewiesen seien.

Das Bohren dicker Bretter habe endlich zum Erfolg geführt, erklärte Maria Böhmer. Denn für die Frauen Union sei die Anerkennung des Privathaushaltes als Betrieb ein zentrales Anliegen. Haushaltsscheck, Dienstleistungsagenturen und steuerliche Absetzbarkeit seien wichtige Schritte zur Erreichung dieses Ziels. Sie wurden von der Frauen Union durchgesetzt.

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Art. 3 Grundgesetz umsetzen – Deutschlands Chancen nutzen.“ – Unter diesem Motto diskutierten die Delegierten über die Situation von Frauen in der CDU, die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und das Thema „Frauenrechte – Menschenrechte“. Neben einer besseren politischen Teilhabe von Frauen standen die Forderungen nach einer Berücksichtigung der typisch unterbrochenen Erwerbsbiografien bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme sowie die unterschiedene Bekämpfung von Zwangsheirat und Zwangsprostitution im Mittelpunkt der Debatte.

Kommunalfinanzen auf solide Basis stellen!

CDU, CSU und SPD sind sich einig: Die Kommunalfinanzen müssen auf einer soliden Basis stehen.



Peter Götz

Dabei ist klar, dass der enorme Konsolidierungsbedarf nicht kurzfristig zu bewältigen ist. Schließlich befinden sich die öffentlichen Haushalte derzeit in einer außerordentlich ernsten Lage. Die laufenden Ausgaben liegen zum Teil dramatisch über den regelmäßig fließenden Einnahmen.

Neben einer Vereinfachung der Grundsteuer ist das strukturelle Ziel der Großen Koalition eine wirtschaftskraftbezogene kommunale Unternehmensbesteuerung mit eigenem Hebesatzrecht. Diese muss administrativ handhabbar sein,

den Kommunen insgesamt ein stetiges Aufkommen sichern, die interkommunale Gerechtigkeit wahren und keine Verschiebung der Finanzierung zu Lasten der Arbeitnehmer beinhalten.

Grundsätzlich gilt, dass die Gewerbesteuer nur ersetzt wird, wenn für eine Alternative hinreichend genaue Kenntnisse über die Verteilungsfolgen vorliegen.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Koalitionsvertrag als Chance begreifen

Vor dem Hintergrund der bisherigen rot-grünen Politik und der Wahlaussagen dieser beiden Parteien sowie angesichts der Tatsache, dass das Wahlergebnis uns zu einer Großen Koalition zwingt, ist das im Koalitionsvertrag Erreichte ein Erfolg.

Beide künftigen Regierungspartner haben nun die Pflicht, einvernehmlich mit der Autorität einer Großen Koalition diesen Vertrag mit Leben zu füllen und nach praktischen Lösungen zu suchen, um eine Trendwende in Deutschland einzuleiten.

Das gilt um so mehr, weil viele Positionen offen geblieben sind, die nun durch praktische Politikansätze und konkretes Handeln der neuen Bundesregierung im Interesse von Wachstum und Arbeitsplätzen ausgefüllt und gestaltet werden können und müssen.

Eine Vielzahl mittelständischer Forderungen wurden erreicht, wie z. B. ein radikaler und systematischer Bürokratieabbau, die Erleichterung der Unternehmensnachfolge im Erbschaftsteuerrecht, verbesserte Abschreibungsregeln, Rechtsformenneutralität bei der geplanten Unternehmensteuerreform, eine Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung, mehr Liquidität durch Anhebung der Ist-Besteuerungsgrenze in den alten Bundesländern, die Reduzierung der Statistik-, Dokumentations- und Buchführungspflichten, Erleichterungen für Existenzgründer, das Ende der Ich-AGs, eine Reform der gesetzlichen Unfallversicherung, bessere Rahmenbedingungen für die Mittelstandsfinanzierung, die Entideologisierung der Energiepolitik sowie eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Förderpolitik auf den Mittelstand.

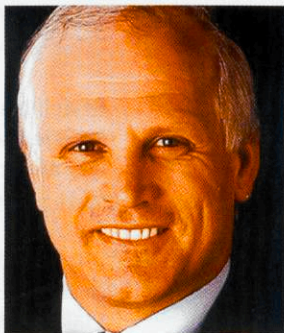


Hartmut Schauerte

Die 123 Mitglieder des Parlamentskreises Mittelstand sagen darum ja zum ausgehandelten Koalitionsvertrag und erwarten seine konsequente Umsetzung bei allen vereinbarten Reformmaßnahmen.

Gleichzeitig sehen wir die Möglichkeit, auch über die getroffenen Festlegungen hinaus auf einer Vielzahl weiterer Reformbaustellen den Erneuerungsprozess für Deutschland voranzubringen. Wir werden uns in den nächsten vier Jahren konstruktiv in diesen Reformprozess einbringen mit der Grundüberzeugung, dass nun nicht ideologische und programmatische Aufrüstung gefragt ist, sondern pragmatische Lösungen gesucht werden müssen, um die Modernisierung und Zukunftsfestigkeit unseres Landes wieder herzustellen. Jetzt sind politischer Mut und Gestaltungskraft gefragt.

Hartmut Schauerte ist Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretender Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU.



Peter Bleser



Ursula Heinen

Lebensmittelkontrolle stärker koordinieren

Die gesundheitliche Unbedenklichkeit aller Lebensmittel hat für die Union oberste Priorität. Den Wünschen der Verbraucher nach hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln muss verstärkt Rechnung getragen werden.

Dazu ist die staatliche Lebensmittelüberwachung neben privaten und betrieblichen Eigenkontrollen sowie Meldepflichten ein entscheidendes Instrument. Vergangene Skandale und Krisen und ihre Bewältigung haben gezeigt, dass Deutschland insgesamt gut gerüstet ist. Das hat die Reaktion auf den Fleischskandal in Bayern ebenso gezeigt wie die schnelle Reaktion der zuständigen Landesbehörden auf den Geflügelfleischskandal in Niedersachsen.

Lebensmittelkontrolle

ist eine Aufgabe der Länder. Insgesamt sollte der Bund aber dennoch die Lebensmittelkontrollen der Länder noch stärker koordinieren. Ein einheitliches Durchführungsrecht und bessere Koordination und Kommunikation zwischen Bund und Ländern sowie Bund und EU ist insbesondere notwendig, da nationales Vorgehen und fehlende Abstimmung zwischen Ländern und Bund verzögernd wirken können.

Deshalb sollte die Koordinierungskompetenz des Bundesamtes für Verbraucherschutz in Absprache mit den Bundesländern gestärkt werden.

Darüber hinaus sollten privatrechtliche Qualitätssicherungssysteme und die amtliche Lebensmittelkontrolle besser verzahnt werden.

Peter Bleser ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe

Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. **Ursula Heinen** ist Beauftragte für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



WEBTIPP

- **Einen interaktiven Text des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD „Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit.“ finden Sie unter www.cducsu.de**
- **Eine Kurzbiografie der Kandidaten der Union für das neue Bundeskabinett finden Sie ebenfalls unter www.cducsu.de**

60 JAHRE CDU



Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9204**
 Preis je **100 Stück: 64,50 €**
 inkl. MwSt.: 74,82 €



Streichhölzer „60 Jahre CDU“ Schachtel-Set mit 20 verschiedenen Plakatmotiven

Bestell-Nummer: **9205**
 Preis je **100 Stück: 8,50 €**
 inkl. MwSt.: 9,86 €



Postkarten-Set „60 Jahre CDU“ 5 verschiedene Motive (1 Set)

Bestell-Nummer: **9206**
 Preis je **25 Sets: 10,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,60 €



Urkunde „60 Jahre CDU-Mitglied“ DIN A4

Bestell-Nummer: **0189**
 Preis je **50 Stück: 6,10 €**
 inkl. MwSt.: 7,08 €



Broschüre „60 Jahre CDU“ Erfolgreich für Deutschland

Bestell-Nummer: **5208**
 Preis je **25 Stück: 12,25 €**
 inkl. MwSt.: 13,11 €

ADVENTSZEIT

Advents-/ Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nummer: **2867**
 Preis je **25 Stück: 8,00 €**
 inkl. MwSt.: 9,28 €



Weihnachts-CD

Bestell-Nummer: **9300**
 Preis je **Stück: 2,00 €**
 inkl. MwSt.: 2,32 €



Klassik-CD

„Harmonie in Sinfonie“

Bestell-Nummer: **9116**
 Preis je **Stück: 4,00 €**
 inkl. MwSt.: 4,64 €



CDU-Geschenkbund

10 mm x 25 mm

Bestell-Nummer: **0306**
 Preis je **Rolle: 4,00 €**
 inkl. MwSt.: 4,64 €



Siegelmarke „CDU“

ovale Silberfolie 34 x 25 mm, Rolle à 100 Stück

Bestell-Nummer: **0307**
 Preis je **Rolle: 3,80 €**
 inkl. MwSt.: 4,41 €



Bestellschein > CDU-Sekt

Fax 030/22 07 03 89

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Bereich Produktion und Distribution
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name	CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner	Ansprechpartner
Straße, Nr.	Straße, Nr.
PLZ, Ort	PLZ, Ort
Telefon	Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

PRODUKTAUSWAHL		Gesamtkosten		gewünschte Mengen	bestellter Gesamtbetrag in Euro
CDU-FLASCHENPREIS: 5,60 € zzgl. MwSt.					
CDU-PRÄSENTKARTONPREIS: 1,70 € zzgl. MwSt.					
Sektflaschen ohne CDU-Präsentkartons (Flaschenlieferung erfolgt ohne Präsentkartons.)					
Kartonverpackung / Flaschengesamtpreis	Versandkosten ohne Präsentkarton	zzgl. MwSt.	inkl. MwSt.	↓	↓
6er Karton / 33,60 € (6 Flaschen x 5,60 €)	7,50 €	41,10 €	47,68 €	Karton	€
12er Karton / 67,20 € (12 Flaschen x 5,60 €)	11,50 €	78,70 €	91,29 €	Karton	€
18er Karton / 100,80 € (18 Flaschen x 5,60 €)	15,50 €	116,30 €	134,91 €	Karton	€
30-60 Flaschen ..? Flaschen x 5,60 €	pauschal 25,00 €	Flaschenmenge:		Stück	€
Sektflaschen mit CDU-Präsentkartons (jede Flasche ist zusätzlich einzeln im Präsentkarton.)					
Kartonverpackung / Flaschengesamtpreis	Versandkosten mit Präsentkartons	zzgl. MwSt.	inkl. MwSt.	↓	↓
6er Karton / 33,60 € (6 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 6 Präsentkartons) 16,70 €	50,30 €	58,35 €	Karton	€
12er Karton / 67,20 € (12 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 12 Präsentkartons) 29,90 €	97,10 €	112,64 €	Karton	€
18er Karton / 100,80 € (18 Flaschen x 5,60 €)	(inkl. 18 Präsentkartons) 43,10 €	143,90 €	166,92 €	Karton	€
30-60 Flaschen / ..? Flaschen x 5,60 €	pauschal 25,00 €	Flaschenmenge:		Stück	€
	..? Präsentkartons x 1,70 € *	* Präsentkartonmenge:		Stück	€

- Größere Mengen - über 60 Flaschen - Transportkosten auf Anfrage.
- Lieferung erfolgt per Paketdienst. Ab 30 Flaschen mit Spedition. Versand innerhalb von 5 Werktagen.
- Bei einer Bestellmenge ab 30 Flaschen werden die Präsentkartons nur im gefalteten Zustand der Lieferung beigelegt. Auf Wunsch erhalten Sie die Sektflaschen direkt in Präsentkartons - zzgl. Konfektionierungskosten je Fl.: 0,15 € und MwSt.
- * Präsentkartons können auch separat - ohne Sektflaschen - bestellt werden. (1,70 € je Stück zzgl. Versand und MwSt.)

Datum

Unterschrift

Chardonnay Brut

Die königliche weiße Chardonnaytraube verleiht diesem Sekt seinen duftigen, fruchtigen Charakter. Dieser Sekt ist sehr bekömmlich und besitzt wenig Säure. Ausgewählte Weine gewährleisten die außergewöhnliche Qualität.



Sehr geehrte Damen und Herren,

ein heißer Wahlkampf liegt hinter uns. Nur mit Ihrem Engagement und der tatkräftigen Unterstützung vieler freiwilliger Helfer konnte dieser Wahlkampf gemeinert werden. Vielleicht möchten auch Sie jetzt einigen Menschen für ihren tollen Einsatz danken. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle bietet dazu allen CDU-Verbänden und Mitgliedern ein besonderes „Dankeschön-Präsent“ zum Kauf an. Wir produzieren speziell für Sie einen CDU-Sekt. Rebsorte Chardonnay, Geschmacksrichtung Brut.

Unser CDU-Sekt im Geschenkkarton ist ein sehr hochwertiges Präsent.

Das besondere Dankeschön eignet sich für viele Anlässe: Für Mitgliederehrungen, als Dank für Wahlkampfhelfer und -unterstützer oder einfach für gute Freunde und Partner der Partei.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Verschenken.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre CDU-Bundesgeschäftsstelle

Versaket und hergestellt in Deutschland – exklusiv für die CDU Deutschlands.

UID

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Eiskratzer

Bestell-Nummer: **9890**
Preis je **70 Stück: 45,00 €**
inkl. MwSt.: 48,15

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-804 18 92
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de